

## Stellungnahme des Vereins Monetäre Modernisierung zur bundesrätlichen Antwort

### Eingereichter Text (kurz gefasst und ergänzt)

- Münzen werden im Auftrag des Bundes von der staatlichen Münzprägestalt Swissmint hergestellt und zum Nennwert an die SNB verkauft. *Die originäre Seigniorage bzw. dieser Geldschöpfungsgewinn (Nennwert abzüglich Herstellungskosten) fliesst in die Bundeskasse.*  
(Wert aller Münzen 3,0 Mia.)
- Noten werden im Auftrag der SNB von Orell Füssli gedruckt und von der SNB gegen Zins an die Banken verliehen. *Es entsteht für die SNB nur ein Zinsgewinn, aber keine originäre Seigniorage (Geldschöpfungsgewinn) weder für SNB noch für den Bund.*  
(Wert aller Noten 60 Mia.)
- Buchgeld wird von den Banken selbst und im Eigeninteresse mittels Kreditvergaben geschaffen, *weshalb für die SNB oder den Bund kein (Zins-)Gewinn bzw. keine Seigniorage anfällt.*  
(Wert dieses Buchgeldes über 300 Mia.)

Vor diesem Hintergrund stellen sich die unten (nach der Einleitung) aufgeführten **Fragen** zu den nicht realisierten Seignioragen.

### Antwort des Bundesrates vom 19.08.2015

Einleitung 1. Teil (Nationalbank): Bei der Geldschöpfung kauft die Nationalbank Aktiven und bringt damit neues Geld in Form gesetzlicher Zahlungsmittel in Umlauf. Dabei handelt es sich um Münzen, Banknoten und vor allem auch um staatliches Buchgeld (Giroguthaben der Geschäftsbanken bei der Nationalbank). Vor allem bei Banknoten und Münzen fallen bei der Geldschöpfung durch die Produktion auch erhebliche Kosten an. Durch die Geldschöpfung erhöht vorab die Nationalbank ihre Verbindlichkeiten im Ausmass der Zunahme der Notenbankgeldmenge (Notenumlauf und Giroguthaben).

Kommentar: *In dieser Beschreibung wird das zentrale Anliegen der Interpellation, nämlich die Besonderheit und Fruchtbarkeit der Münzen-Geldschöpfung gegenüber der Noten- bzw. Buch-Geldschöpfung, schlicht unterschlagen. Bei den Münzen, die ja nicht in der Bilanz der Nationalbank erscheinen, kauft die SNB keine Aktiven. Die Münzen werden von der Münzstätte des Bundes (Swissmint) hergestellt, an die SNB verkauft und der daraus resultierende Gewinn der Münzstätte fliesst in die Bundeskasse (originäre Seigniorage). Die Münzen werden also schuldfrei hergestellt, und der Gewinn aus dem Verkauf kommt dem Bund zugute.*

*Die Antwort verschweigt somit auch, dass die Münzen nicht als Verbindlichkeiten (nicht als Schuld) verbucht werden. Deshalb entsteht bei der Münzen-Geldschöpfung (im Unterschied zur Schöpfung der anderen Geldarten) ein originärer Geldschöpfungsgewinn (Seigniorage). Und deshalb ist die Möglichkeit gegeben, mit einer den Münzen analogen Erzeugung der Noten und des Buchgeldes die jetzt stillliegenden Seignioragen zu „aktivieren“.*

Einl. Forts.: Im Gegenzug erhöht die Nationalbank ihre Währungsreserven. Diese Anlagen sichern die höhere Geldmenge durch entsprechende Guthaben ab. Sie werfen zwar meistens einen Gewinn ab, allerdings ist die Maximierung dieser Rendite kein Ziel der Geldpolitik.

Kommentar: *Hier werden vor allem die Euro-Stützkäufe und damit die Erhöhung der Buchgeld-Guthaben der Banken bei der SNB beschrieben. Aber um den Währungsmindestkurs und den Interbankenkreislauf geht es in der Interpellation gar nicht, sondern um die in der Realwirtschaft kaufkräftigen Buchgelder (Sichteinlagen) der Banken innerhalb der Geldmenge M1, welche nicht in der SNB-Bilanz vorkommen, weil sie nicht von der SNB geschaffen wurden.*

Einl. Forts.: Eine Verwendung dieser Mittel zur Finanzierung von Aufgaben inner- oder gar ausserhalb der Nationalbank ist höchstens in einem begrenzten Umfang möglich, insbesondere über die

Gewinnverteilung an Bund und Kantone. Eine weitergehende Finanzierung der Staatsausgaben durch Notenbankgewinne läuft Gefahr, dass die geldpolitischen Stabilitätsbedürfnisse der Finanzpolitik untergeordnet werden.

*Kommentar: Die Unterordnung der Geldpolitik unter die Finanzpolitik ist umso weniger eine Gefahr, je unabhängiger die Geldemission erfolgt. Heute ist genau diese Unabhängigkeit bei der Bankengeldschöpfung nicht gegeben, weil die Banken bei privaten und öffentlichen Finanzierungen sowohl die Geldherstellung als auch die Geldzuteilung übernehmen und so die Bedingungen diktieren. Eine klare Trennung von Geldschöpfung und Geldverwendung wäre hingegen die beste Voraussetzung für eine unabhängige Geldemission.*

Einl. Forts.: Grundsätzlich fällt bei der Geldschöpfung kein Gewinn an, denn es handelt sich um eine Bilanzverlängerung: Es werden sowohl die Bilanzaktiven (Vermögenswerte) als auch das Fremdkapital in Form von Notenumlauf oder Giro Guthaben erhöht. Dieses Fremdkapital muss allerdings nicht zurückbezahlt werden, was ihm einen gewissen Eigenkapitalcharakter verschafft.

*Kommentar: Zwar trifft zu, dass mit der heutigen Art der Buchgeldschöpfung keine originäre Seigniorage anfällt (wie seit jeher bei den Münzen), aber sehr wohl eine Zins-Seigniorage. Diese fällt zwar bei der Zentralbank und den Banken in gleicher Weise an, bei der Zentralbank jedoch ungeschmälert auf die gesamte Kreditsumme, bei den Banken geringfügig geschmälert aufgrund der Kosten der fraktionalen Refinanzierung in Reserven und Bargeld.*

Einl. Forts.: Auf der anderen Seite muss die Nationalbank den Geldumlauf aber auch rasch wieder reduzieren können, wenn es die Geldpolitik erfordert. Für eine dauerhafte Reduktion der Geldmenge muss sie dazu auch ihre Aktiven verkaufen. Damit werden auch die Vermögen der SNB reduziert.

*Kommentar: Eine Geldmengenverkleinerung kommt im Vergleich zur fortgesetzten Geldmengenausdehnung in der Wirklichkeit nur in relativ geringem Umfang zum Tragen. Die pro-aktive Führung der Gelderzeugung liegt heute bei den Banken, nicht bei der Zentralbank. Diese reagiert jeweils nur auf die Nachfrage der Banken und bedient sie in jedem Fall.*

Die SNB wird auch in einem System, wo das Noten- und Buchgeld in der gleichen Art in Umlauf kommt wie heute die Münzen, nicht alles Geld schuldfrei (also ohne Bilanzverlängerung) auszahlen. Sie kann weiterhin immer einen Teil als Kredite an Banken vergeben, um sofort (täglich/wöchentlich) die Geldmenge reduzieren/erweitern zu können. Ein Grossteil des Geldes wird jedoch immer benötigt werden. Wenn zum Beispiel eine minimale Geldbasis von 300 Milliarden schuldfrei hergestellt und in Umlauf gebracht würde, wäre eine flexible (reduzierte/erhöhte) Geldversorgung dank kündbaren bzw. zusätzlichen SNB-Krediten an das Bankensystem weiterhin problemlos möglich.

*Eine kurzfristig justierende Kredit- und Offenmarktpolitik der Zentralbank, sowohl hinzufügend als auch absorbierend, ist in einem System, wo alles Geld von der Zentralbank stammt, sehr viel wirksamer als heute. Denn in einem solchen System gibt es keine fraktionalen Reserven mehr, überhaupt keine Reserven, und daher auch keinen sog Transmissions-Mechanismus. Vielmehr haben die Banken, wie heute alle anderen Finanzintermediäre, ihre Geschäfte voll zu finanzieren, wodurch Maßnahmen der Zentralbank direkt und effektiv wirksam sind.*

Einleitung 2. Teil (Geschäftsbanken): Bei den Geschäftsbanken fällt ebenfalls nur ein begrenzter Geldschöpfungsgewinn an: Private Geldschöpfung kann nur in dem Umfang erfolgen, in dem - je nach Zinsumfeld - eine Kreditnachfrage besteht. Banken können dann ebenfalls ihre Bilanz verlängern, indem einerseits ein Kredit gewährt wird und gleichzeitig Mittel auf einem Bankkonto erhöht werden. Die Bank kann dann aus der unterschiedlichen Verzinsung von Krediten und Bankkonten einen Gewinn erzielen, was eine wesentliche Finanzierungsquelle für das Bankgeschäft darstellt (Zinsdifferenzgeschäft). Dieser Gewinn muss für die Bank ausreichen, um ihre Verwaltungskosten zu decken und verschiedene so entstehende Risiken abzudecken (z.B. Kreditausfallrisiken, Zinsänderungsrisiken).

Kommentar: Erneut wird das Modell der Münzen-Geldschöpfung verschwiegen, um das es in der Interpellation geht. Bei der Münzen-Geldschöpfung entsteht jedoch zwingend eine originäre Seigniorage, ein Potential, das auch bei der Noten- und Buchgeld-Schöpfung nutzbar gemacht werden könnte.

Ebenfalls unerwähnt bleibt, dass Banken nicht nur mittels Kreditvergabe Geld schöpfen, sondern auch mit dem Kauf von Vermögenswerten.

In der Antwort werden zwei Dinge verwechselt bzw. irreführend in einen Topf geworfen: Der herkömmliche Zinsmargengewinn einer Bank, oder sagen wir richtiger eines Spar- und Darlehensvereins, der keine Bank ist (Mittel zu 3% aufnehmen und zu 6% vergeben) zum einen, und die sogenannte Zins-Seigniorage zum anderen, die bei den Banken in Form von vermiedenen Refinanzierungskosten besteht. Das heißt, die Banken müssen sich im heutigen fraktionalen Reservesystem nur mit 2,5 bis 10% refinanzieren, und insoweit erzielen sie dort eine herkömmliche Zinsmarge. Aber 90% bis 97,5% müssen sie nicht refinanzieren, sondern erzeugen dafür selbst eigenes Buchgeld. Auf diesen Teil erzielen die Banken zwar keine Einnahme, die man als positiven Eintrag in den Büchern sehen könnte, aber sie erzielen einen privilegierten geldwerten Vorteil in Höhe der vermiedenen Refinanzierungskosten, was faktisch einer zusätzlichen Zins-Seigniorage gleich kommt. Die Banken schulden auf diese Weise niemandem einen Zins für Geld, das sie eigentlich irgendwo borgen müssten. Dadurch werden sie gegenüber allen andern Unternehmen privilegiert, die das nicht können. Dieses Privileg kommt einer staatlichen Subvention gleich, die sich nicht rechtfertigen lässt.

Andererseits ist erfreulich festzustellen, dass der BR in diesem Abschnitt grundsätzlich die Geldschöpfungsmöglichkeit der Banken im Akt der Kreditgewährung anerkennt. Dass diese Möglichkeit u.a. von der Kreditnachfrage abhängig bzw. begrenzt ist, trifft zu und wird auch nicht bestritten. Wichtig ist jedoch die Erkenntnis, dass bei der Geldschöpfung durch die Banken keine originäre Seigniorage anfällt, dieses Potential der stillliegenden Geldschöpfungsgewinne jedoch bei einer Buchgeldgeldschöpfung durch die SNB realisiert werden könnte.

Frage 1 (gekürzt): Weshalb verzichtet der Bund auf die Einnahmenquelle, die sich ergäbe, wenn für die Noten ein ähnlicher Prozess der Geldschöpfung und der Erst-Inumlaufbringung angewendet würde wie für die Münzen?

Antwort 1: Der Bund oder die Nationalbank könnten durch Geldschöpfung (von Münzen, Banknoten oder Buchgeld) keinen substantiellen Gewinn erzielen, weil dieser durch die Bedürfnisse der Liquiditätssteuerung eng begrenzt wäre.

Kommentar: Hier übergeht der BR wiederum stillschweigend den entscheidenden Unterschied zwischen der Münzen-Geldschöpfung und der Noten- und Buchgeldschöpfung. Dieser Unterschied ist aber die Grundlage, und ihn namhaft zu machen ist der Zweck der Interpellation überhaupt. Gemäss Bundesrechnung entstehen jährlich einige Millionen an Münzen-Geldschöpfungsgewinn. Das ist die „originäre Seigniorage“ (Differenz zwischen Herstellungskosten und Münzwert). Diese ist bei den Münzen infolge der relativ hohen Herstellungskosten auch relativ bescheiden. Doch bei den Noten und beim Buchgeld wäre sie um ein Vielfaches höher. Gemäss SNB kostet eine Note ca. 30 Rappen. Bei einer Tausendernote z.B. beträgt die originäre Seigniorage somit Fr. 999.70. Die Liquiditätssteuerung stellt sicher eine gewisse Beschränkung dar, aber im Zusammenhang mit der Frage, weshalb der Bund grundsätzlich auf eine Nutzung der zusätzlichen Einnahmenquelle einer originären Seigniorage verzichtet, ist sie nicht von Belang.

Antw. 1 Forts.: Die Geldmenge sollte grundsätzlich langfristig etwa im Umfang des Wirtschaftswachstums zunehmen. Kurzfristige Abweichungen – teilweise in erheblichem Umfang – ergeben sich durch geldpolitische Notwendigkeiten.

Kommentar: Erfreulicherweise bestätigt der BR, dass die Geldmenge langfristig etwa im Umfang des Wirtschaftswachstums zunehmen sollte. Dies deckt sich mit unserer Auffassung. Nur ist eben gerade dies heute nicht der Fall! Während das BIP von 1990 bis 2012 pro Jahr durchschnittlich um 1,4% zunahm, wuchs die Geldmenge M1 im Jahresdurchschnitt um 7,8%, also gut fünfeinhalb mal schneller. Die praktisch freie Buchgeldschöpfung der Banken verunmöglicht eine ausgewogene, auf die Bedürfnisse der Realwirtschaft zugeschnittene Geldmengenentwicklung.

Antw. 1 Forts.: Würde der Staat zusätzlich die gesamte, heute von Geschäftsbanken bestrittene Kreditschöpfung übernehmen, müsste er auch die daraus entstehenden Kosten und Risiken des Kreditgeschäfts übernehmen. Dazu kämen massive Interessenskonflikte, wenn der Staat Entscheide über Kreditvergabe tätigen könnte.

Kommentar: Diese Aussage geht völlig an der Sache vorbei, denn sie vermischt Geldherstellung (einzig um diese geht es in der Interpellation) und Geldverwendung bzw. Kreditvergabe (von der in der Interpellation keine Rede ist).

Die SNB übernimmt keinerlei Kreditvergaben (oder andere Dienstleistungen) der Banken, wenn sie die Schöpfung des Noten- und des Buchgeldes analog zu den Münzen praktiziert.

Bereits der Begriff „Kreditschöpfung“ ist fragwürdig: Kredite werden von den Banken nicht geschöpft, sondern vergeben aufgrund von selbst geschöpftem Geld. In der Interpellation wird nirgends die Auffassung vertreten, dass der Staat oder die Nationalbank Kredite an Unternehmungen, Privatpersonen oder den Bund vergeben würde. Die Trennung zwischen SNB und „Staat“ ist heute unbestritten; eine Geldschöpfung analog zu den Münzen tangiert diese Trennung in keiner Weise. Die SNB könnte mit einer einheitlichen Geldschöpfung eine wirksamere Geldmengenpolitik als heute verfolgen, orientiert am Wachstumspotenzial und Auslastungsgrad der Wirtschaft sowie an den Inflations- und Assetinflationsraten.

Frage 2: Könnte der Mechanismus der Münzen-Geldschöpfung ohne Verfassungsänderung auch auf die Banknoten übertragen werden?

Frage 3 (gekürzt): Wie lassen sich diese unterschiedlichen Praktiken bei der Geldschöpfung und Erst-Inumlaufbringung rechtfertigen?

Antwort 2./3.: Die Münzen werden zwar unter der Hoheit des Bundes geprägt, die Inverkehrsetzung erfolgt jedoch, wie bei den Banknoten, durch die Nationalbank. Die beiden Mechanismen sind also generell bereits sehr ähnlich.

Kommentar: Nachdem der BR oben den entscheidenden Unterschied zwischen dem Mechanismus der Münzen- und jenem der Noten-Geldschöpfung einfach übergeht, bestreitet er ihn hier implizit mit einem Argument (Inverkehrsetzung), das nichts mit der Gelderzeugung zu tun hat. Auf die Fragen 2 und 3 geht er gar nicht ein. Offensichtlich wollte sich der BR nicht damit auseinandersetzen.

Zudem vertuscht die Behauptung, die Art der Inverkehrsetzung sei bei beiden Geldarten „generell bereits sehr ähnlich“ einmal mehr den entscheidenden Punkt: Münzen werden schuldfrei geschaffen und sind nicht in der Bilanz der Nationalbank aufgeführt. Noten hingegen werden als Schuld geschaffen und sind in der Bilanz der SNB enthalten. Bei den Münzen fällt der Geldschöpfungsgewinn beim Bund, bei den Noten innerhalb der SNB an. Beim Buchgeld der Banken, welches 90% der Geldmenge M1 ausmacht, fällt gar kein Geldschöpfungsgewinn bei SNB oder Bund an.

Frage 4 (gekürzt): Warum wird die Schaffung des Bargeldsurrogats "Buchgeld" den Banken überlassen, während Münzen und Noten durch den Staat bzw. die Nationalbank herausgegeben werden?

Antwort 4: Die Kreditgewährung durch Banken ist im Rahmen einer effizienten Kapitalallokation durchaus erwünscht, denn sie verfügen über die Möglichkeiten der Mengen-, Fristen- und Risiko-transformation.

Kommentar: Gemäss BR sind effiziente Kapitalallokation sowie Mengen-, Fristen- und Risiko-transformation die Gründe, warum die Banken und nicht der Bund das Buchgeld schöpfen sollten.

Zur Allokation: In Anbetracht der Tatsache, dass seit Jahrzehnten eine überschießende Geldschöpfung erfolgt, die seit etwa 1980 vor allem die Asset-Inflation (Kredit- und Überschuldungsblasen) antreibt, kann man wohl nicht von einer „effizienten Kapitalallokation“ sprechen.

Zur Transformation: Mengen- und Fristentransformation, das ist lange obsoletes Lehrbuchlatein aus den Zeiten einer überwiegenden Bargeldwirtschaft.

Mengentransformation gibt es schon lange nicht mehr, denn Bankeinlagen sind keine loanable funds, sondern auf Frist stillgelegte Buchgelder. Der Habenzins auf Einlagen dient nicht der

*Nutzung dieser Einlagen zwecks Finanzierung von Bankgeschäften, sondern eben der Deaktivierung der Einlagen. Damit wird ihre Abwanderung verhindert, was eine Bank in größte Liquiditätsprobleme bringen würde. Für die Aktiven-Geschäfte einer Bank wird grundsätzlich und in jedem Fall neues Buchgeld erzeugt.*

*Fristen-Transformation gibt es aus diesem Grund ebenfalls nicht. Was es aber gibt, und in der Tat ein Stück weit geben muss, ist ein tolerables Maß an Fristeninkongruenz zwischen Aktiven und Passiven (also eine Abweichung von der Goldenen Bankregel). Das liegt an der Liquiditätspräferenz der Geldbesitzer.*

*Allerdings ist die Frage der Fristen(in)kongruenz auch nur die halbe Wahrheit, denn worauf es heute mehr ankommt, ist die Liquidierbarkeit von Positionen, egal welches Enddatum betreffende Positionen haben.*

Antw. 4 Forts.: Der entsprechenden Geldschöpfung sind allerdings auch enge Grenzen gesetzt: Einerseits ist die Schöpfung von Buchgeld durch die Banken durch die gesetzlichen Mindestreserven beschränkt. Diese müssen Banken in Form von Giro Guthaben bei der SNB halten; das Mindestreserveverfordernis liegt zurzeit bei 2,5 Prozent deren kurzfristigen, auf Franken lautenden Verbindlichkeiten. Die tatsächlichen Reserven der Banken betragen derzeit über 50 Prozent, was bedeutet dass sie ihr gesetzliches Kreditgewährungspotential bei weitem nicht ausgeschöpft haben.

Kommentar: *Das heisst doch faktisch: Die Mindestreserveregelung hat keinerlei begrenzende Wirkung auf die Buchgeldschöpfung der Banken!*

*Bis vor der Krise Ende 2008 hatten die Geschäftsbanken maximal 3% Reserven. Heute betragen die Reserven tatsächlich ca. 50%. Das allerdings ausschliesslich aufgrund der Eurokäufe, was auch die SNB(-Statistik) bestätigt.*

Antw. 4 Forts.: Auf der anderen Seite können die Banken nur in dem Umfang neue Kredite schaffen, als bei geltenden Zinssätzen eine entsprechende Nachfrage nach Krediten besteht und die Banken überhaupt gewillt sind, zu den herrschenden Bedingungen neue Kreditrisiken einzugehen. Letztlich haben die Banken ein Interesse daran, dass die Kredite auch zurückbezahlt werden. Im Übrigen wird durch die Tilgung eines Kredites die geschaffene Geldmenge auch wieder vernichtet.

Kommentar: *Diese Beschreibung trifft zu, blendet jedoch aus, dass die gegenwärtige Praxis der Geldschöpfung und Geldvernichtung via Kredit alles andere als problemlos ist. Zwar sorgt das Verschwinden der Kreditsumme aus der umlaufenden Geldmenge bei Tilgung des Kredits, dass die Nachfrage nach Krediten anhält, weil M1 wieder „aufgefüllt“ werden muss. Aber gleichzeitig wird dadurch ein Schuldenwachstum initiiert. Denn mit jedem (produktiven) Kredit wird das BIP vergrößert, weshalb der neue Kredit, der die Lücke des getilgten kompensieren soll, grösser sein muss als der alte. Andernfalls gerät das Verhältnis Gütermenge zur Geldmenge aus dem Gleichgewicht und gefährdet die Preisstabilität.*

*Da die Banken heute Kredite bevorzugt für lukrative Finanzgeschäfte vergeben, können in der Realwirtschaft Kreditklemmen entstehen. Hätte allein die Nationalbank das Recht, Buchgeld herzustellen und würde sie dieses über Ausgaben des Bundes oder des Bürgers in Umlauf bringen, könnte sie die Geldmenge kontrollieren und den spekulativen Exzessen den „Treibstoff“ entziehen.*

Antw. 4 Forts.: Durch die Steuerung des Zinsniveaus auf dem Franken-Geldmarkt kann die SNB zudem das Kreditvolumen massgeblich beeinflussen.

Kommentar: *Vor dem Hintergrund der aktuellen Null-Zins-Phase ist diese Aussage nicht nachvollziehbar. Eine Zinssteuerung ist unter diesen Umständen unwirksam. Nicht die Zinsen bestimmen das Kreditvolumen, sondern vielmehr bestimmt das Kreditvolumen die Zinsen.*

Antw. 4 Forts.: Würde die Kreditgewährung aber direkt durch die SNB gesteuert, beispielsweise durch eine Rationierung der Kredite, hätte dies unerwünschte Rückwirkungen auf den Zinssatz und damit auf die Wirksamkeit der Geldpolitik. Ein mögliches Dilemma zwischen den Anforderungen der Geldpolitik und denjenigen der Finanzstabilität an die Höhe der Zinsen würde durch eine Verstaatlichung der Kreditschöpfung deshalb nicht grundsätzlich gelöst.

*Kommentar: Erneut (wie schon in Antwort 1) wird hier das Schreckbild einer Verstaatlichung der Kreditgewährung an die Wand gemalt. Die Möglichkeit, mittels öffentlicher Geldschöpfung eine Seigniorage zu realisieren, die der Allgemeinheit zugute kommt, bedeutet nicht, dass der Staat oder die SNB selber Kredite vergeben oder rationieren sollen, im Gegenteil. Nur wenn der Bund das vollständige Geldregal (d.h. inklusive Buchgeld) ausübt und das Geld schuldfrei in Umlauf bringt, kann die Trennung von Geld und Kredit überhaupt erst vollzogen werden. Dass diese Trennung mit einem Geld, das aus Kredit entsteht, gerade nicht gemacht werden kann, ist ja eine zentrale Ursache der laufend entstehenden Krisen im heutigen System.*

*Würde alles Geld wie heute die Münzen geschaffen, könnte es bei der Tilgung eines Kredits auch nicht einfach wieder verschwinden, sondern bliebe im Geldkreislauf und nötigte nicht zur Neuverschuldung.*

*Das angesprochene Dilemma in Bezug auf die Höhe der Zinsen würde sich sicherlich nicht durch eine Verstaatlichung der Kreditvergabe lösen lassen, aber durch eine klare Trennung von Geld und Kredit schon. Denn mit einer Geldschöpfung analog der Münzen hätte die Nationalbank – zusätzlich zu den heutigen Möglichkeiten – ein weiteres Instrument zur Verfügung, um die Nachfrage über Ausgaben des Bundes oder der Bürger/Konsumenten anzuregen.*

*Im Übrigen hätte die Nationalbank auch mit einer Geldschöpfung analog der Münzen die gleichen geldpolitischen Instrumente in der Hand wie heute.*

Frage 5 (gekürzt): Warum verzichtet der Bund auf Geldschöpfungsgewinne in Milliardenhöhe, die bei einer der Münzen-Geldschöpfung analogen Schaffung des Buchgeldes entstehen würden bzw. warum fordert er nicht zumindest einen Teil davon ein?

Antwort 5: Der grösste Teil des Notenbankgeldes wird bereits in Form von Buchgeld in Umlauf gebracht.

*Kommentar: Mit dieser Aussage wird fälschlicherweise der Anschein erweckt, bereits heute werde der grösste Teil des Geldes von der SNB geschaffen. Nur dem Eingeweihten ist klar, dass damit das Notenbankgeld (Münzen, Noten und Giroguthaben der Banken bei der SNB) gemeint ist und nicht das im Alltag umlaufende Buchgeld.*

Antw. 5 Forts.: Wie bereits beschrieben, führt der Kreditschöpfungsgewinn nicht zu Mehreinnahmen, welche zur Finanzierung von Ausgaben verwendet werden könnten, sondern steht den Kosten und Risiken des Bankgeschäfts gegenüber, beispielsweise auch denjenigen, die bei der Bereitstellung des Zahlungsverkehrs anfallen.

*Kommentar: Wiederum ermöglicht die falsche Behauptung, es gebe keine Möglichkeit, einen zusätzlichen Geldschöpfungsgewinn zu realisieren, der nichts mit den Kosten und Risiken des Bankgeschäfts zu tun hat, der Beantwortung der gestellten Frage auszuweichen.*

## **Fazit**

*Die Interpellation wird nicht beantwortet. Die zugrundegelegte Frage, ob die Nationalbank die Art und Weise, wie sie heute das Münzengeld bezieht und in Umlauf bringt, auch auf das Notengeld und das Buchgeld ausweiten könnte, um den daraus entstehenden zusätzlichen Geldschöpfungsgewinn in Milliardenhöhe dem Bund bzw. der Allgemeinheit zukommen zu lassen, beantwortet der Bundesrat nicht. Stattdessen gibt er eine unvollständige und einseitige Darstellung der Geldschöpfungsvorgänge und bereitet damit den Boden sowohl für die Behauptung, es gebe gar keine Geldschöpfungsgewinne als auch für die Unterstellung, beim Nutzbarmachen der Geldschöpfungsgewinne handle es sich um eine Verstaatlichung der Kreditvergabe. Gleichzeitig dementiert er überhaupt den grundlegenden Unterschied zwischen dem Mechanismus der Münzgeldschöpfung und jenem der Notengeldschöpfung und erweckt darüberhinaus den Anschein, das Buchgeld werde bereits heute von der Nationalbank in Umlauf gebracht.*

*Die Antwort des Bundesrates ist unbefriedigend:*

- *Praktisch alle Fragen bleiben unbeantwortet. Auf die grundlegenden Unterschiede in der Herstellung von Münzen/Noten/Buchgeld wird gar nicht eingegangen. Vielmehr wird die unhaltbare These aufgestellt, die Münzen und Noten würden auf eine „sehr ähnliche Weise“ in Umlauf gebracht.*
- *Die Möglichkeit von Gewinnen aus der Geldschöpfung wird ohne nähere Begründung entweder ganz verneint oder dann nur als nebensächlich dargestellt. Damit ist es für den BR auch nicht nötig zu begründen, weshalb er auf mögliche Milliarden Gewinne zugunsten der Allgemeinheit verzichtet.*
- *Obwohl gar nicht in der Interpellation enthalten, werden Schlagworte in den Raum geworfen, welche auf die Idee der Geldschöpfungsgewinne ein schlechtes Licht werfen sollen: Kapitalallokation, Geldmengenreduktion, Verstaatlichung der Kreditvergabe, Rationierung der Kredite, höhere Zinsen... Das sind alles Begriffe, die mit den Fragen der Interpellation nichts zu tun haben.*
- *Der Bundesrat behauptet: „Ein mögliches Dilemma zwischen den Anforderungen der Geldpolitik und denjenigen der Finanzstabilität an die Höhe der Zinsen würde durch eine Verstaatlichung der Kreditschöpfung deshalb nicht grundsätzlich gelöst.“  
Der Bundesrat beschreibt damit nicht eine mögliche Reform, sondern die heutige Situation. Es ist das heutige System, das als Folge der ungezügelter Buchgeldschöpfung der Banken tendenziell auf die (vorübergehende) Verstaatlichung kollabierender Banken hinaus läuft.  
Mit einer einheitlichen Geldschöpfung durch die Nationalbank könnte die Geldmenge kontrolliert und erstmals die Finanzstabilität gewährleistet werden, ohne dadurch die Geldwertstabilität, ja sogar den Geldkreislauf als solchen zu gefährden und ohne die Staatsverschuldung endlos aufzublähen.  
Die Ersetzung der früheren Privatbanknoten durch Schweizerische Nationalbanknoten infolge des Volksentscheids von 1891 trug damals erheblich zur Stabilisierung und Verstärkung des Geldverkehrs bei. Genauso würde die heute fällige Ersetzung des Giralgeldes der Banken durch Buchgeld der Nationalbank eine grundlegende Stabilisierung des Geld- und Finanzwesens zum Nutzen der Allgemeinheit bewirken.  
Die Chance der sauberen Trennung von öffentlicher Geldversorgung (als Aufgabe der Nationalbank, gesetzlich basierend auf dem Geldregal) und privatwirtschaftlicher Kreditversorgung (als Aufgabe der Geschäftsbanken) wird vom Bundesrat verkannt.*

25. September 2015

Verein MoMo  
(Vollgeld-Initiative)  
Postfach 3160  
5430 Wettingen

[www.vollgeld-initiative.ch](http://www.vollgeld-initiative.ch)

044 586 69 94 079 773 34 50

[info@vollgeld-initiative.ch](mailto:info@vollgeld-initiative.ch)